

Als Bündnis "Heidelberg für Alle" haben wir gemeinsam Forderungen an die oder den zukünftige*n OB erarbeitet. Wir lesen sie in alphabetischer Reihenfolge der Oberthemen vor. Wir fordern

zu Antirassismus:

eine offene, gerechte und antirassistische Stadt und dafür

eine stadtweite Befragung und begleitende Studien, welche die Bedürfnisse, Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen der Heidelberger*innen abbilden,

die Einrichtung einer qualifizierten psychologischen und psychosozialen Beratungsstelle für BIPOC,

die finanzielle und öffentlichkeitswirksame Unterstützung von Projekten von BIPOC in der Stadt durch die*den nächste*n OB,

eine kritische Studie zu Rassismus in HD & HD-er Institutionen

sowie eine Meldestelle für Rassismus bei der Wohnungssuche.

zur Energieversorgung:

das Handwerk muss gefördert werden. Junge und angehende Handwerker*innen müssen bei Treffen zum Handwerk vertreten sein. Aus- und Weiterbildungen müssen gestärkt werden, der Fokus auf Nachhaltigkeit liegen.

Die Photovoltaik-Anlagen müssen ausgebaut werden.

Das bedeutet: Bis 2028 müssen alle städtischen Gebäude mit PV ausgestattet sein und es braucht eine Umsetzungsstrategie, wie das enorme Potential aller Dächer (von min. 400 MW) bis 2030 ausgeschöpft werden kann

Konzepte zur freiwilligen Beteiligung der Bürger*innen an der Finanzierung des PV-Ausbaus müssen genutzt werden und die Stadt muss sich für den Abbau regulatorischer Hemmnisse insb. beim Denkmalschutz einsetzen.

Wir brauchen einen schnellen Ausbau der Windkraft - innerhalb von 2 Jahren müssen Standorte & Investoren gefunden werden.

Das HD-er Fernwärmenetz muss für die effiziente Nutzung erneuerbarer Energien startklar gemacht werden - hierfür muss das Fernwärmenetz auf niedrigere Temperaturen umgestellt werden und der Umstieg auf Niedertemperaturheizkörper oder Fußbodenheizungen muss gefördert werden

Zum Thema Flucht/Asyl fordern wir

dass jetzt mit Modernisierung im PHV begonnen werden muss, denn die Wohnungsnot geflüchteter und anderer Menschen erfordert schnelle Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum. Die Infrastruktur (wie z.B. Kindergarten- und Schulplätze sowie die Busanbindung) müssen verbessert werden

Es muss der Gemeinderatsbeschluss von 2018 umgesetzt werden, Geflüchtete von den EU-Außengrenzen aufzunehmen und

die Stadt muss sich für Aufnahme ALLER Geflüchteten einsetzen.

Die Behörden müssen sich an den Problemen und Bedürfnissen der Schutzsuchenden orientieren, nicht anders herum.

Es braucht den Identitätsnachweis per Eidesstattlicher Erklärung und jegliche Hürden für's Ehrenamt müssen abgebaut werden.

Bleiberecht statt Abschiebung!

Wir brauchen Freiräume:

Die Stadt muss gemeinnützige Freiräume einrichten und fördern.

Diese müssen im Sommer und Winter nutzbar sein, barrierearm

und mit geschlechtsneutralen und barrierefreien Sanitäreinrichtungen ausgestattet sein, zentral liegen.

Es darf keine übermäßige Präsenz und Überwachung von Polizei und Sicherheitskräften geben.

Die autonome Handhabung der Freiräume muss gefördert und ermöglicht werden.

Internationale Verantwortung bezüglich der Klimakrise:

Heidelberg muss sicherer Hafen sein - auch für Menschen, die vor den Auswirkungen der Klimakrise fliehen müssen.

Zwar gelten die Auswirkungen der Klimakrise noch nicht als offizieller Fluchtgrund, dennoch müssen die Menschen auch in Heidelberg aufgenommen werden.

MAPA, the Most Affected People and Areas müssen bei der Anpassung an Klimakrise und akut während klimabedingten Katastrophen über Hilfs- und Anpassungsfonds unterstützt werden.

Es braucht mehr Sichtbarkeit von MAPA-Repräsentant*innen und -Aktivist*innen sowie fixes Budget und die Bereitstellung von Räumen zur Unterstützung in ihrem Aktivismus

LGBTQIA+ und Feminismus:

HD muss eine Stadt ohne Platz für Queerfeindlichkeit und Sexismus sein.

Dafür müssen Homophobie, Transfeindlichkeit, Sexismus und alle anderen Diskriminierungsformen wirksam bekämpft werden.

Queere, selbstverwaltete Spaces müssen geschaffen werden,

ebenso müssen die bestehenden Kapazitäten und Ressourcen von sicheren Orten auch für Frauen, ausgebaut werden.

Das queere Bündnis "The *Bubble" hat auch Forderungen erarbeitet, schaut sie euch unbedingt an.

Obdach- / Wohnungslosigkeit:

muss effektiv an der Wurzel bekämpft werden - die Mietpreise müssen gebremst werden

Die defensive Architektur, die als obdachlosenfeindlich bewertet werden kann, muss endlich enden ebenso wie unangemessene Platzverweise.

Alternative und betroffenenzentrierte Interventions-, Unterstützungs- und Beratungsangebote, die Menschen in ihrer Situation unterstützen, müssen gefördert werden.

Soziale Gerechtigkeit:

Die Stadt braucht eine klare Strategie, wie in Armut und Armutsgefährdung in HD in nächsten 8 Jahren um 30 % gesenkt werden soll

es braucht Programme zur Beschäftigung,

stabile, soziale Netzwerke in allen Stadtteilen,

ausreichende Kinderbetreuung

und weitere Instrumente, um die Armut zu bekämpfen.

Soziale Teilhabe muss für alle sein, alle Barrieren und Ausgrenzungen gehören abgeschafft

Teilhabe und Sprache:

Die offiziellen Kanäle der Stadt müssen mehrsprachig und auch in Leichter Sprache aufrufbar sein.

Durch Dolmetscher*innen für Lautsprache und Gebärdensprache muss allen Menschen die Teilhabe an öffentlichen Veranstaltungen möglich sein.

Städtische Stellenausschreibungen müssen auf mittelbare Diskriminierung geprüft werden. Diese muss wo nötig unterbunden werden.

Verkehr:

Es braucht Flächengerechtigkeit zwischen den Verkehrsmitteln - eine Neuversiegelung ist soweit möglich auszuschließen.

Stattdessen müssen Flächen umgewidmet und vorrangig dem Autoverkehr entzogen werden

Die Autoparkplätze müssen reduziert werden - stattdessen müssen Fahrradstellplätze zugebaut werden.

Der ÖPNV muss kostengünstig bis kostenlos werden und alle Stadtteile gut anbinden. Emmertsgrund & Boxberg dürfen nicht vergessen werden.

Die autofreie Zone rund um die Altstadt muss erweitert werden & in anderen Stadtteilen müssen autofreie Quartiere eingerichtet werden.

Wissenschaftliche Überprüfbarkeit der Maßnahmen zum Klimaschutz:

Die Maßnahmen der Stadt müssen in regelmäßigen Abständen auf ihre Wirksamkeit geprüft und ggf. nachbessert werden.

Hierbei muss das Ziel immer Klimaneutralität bis 2030 sein.

Wohnen:

Wohnen darf kein Luxus sein! - aus Wohnraum darf kein Profit mehr geschlagen werden.

Der Leerstand muss effektiv bekämpft und Boden in kommunales Eigentum überführt werden.

Jährlich müssen min. 4 % aller Häuser energetisch sanieren - dabei darf die Warmmiete nicht ansteigen & die Stadt muss bei Bedarf die Differenz ausgleichen.

Bestand ist dem Neubau vorzuziehen - bestehende Gebäude erhalten und sanieren. Die Stadt muss sozialgerechten, suffizienten, flexiblen, gemeinwohlorientierten und barrierefreien Wohnraum schaffen